***Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau zum
3. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“*****I. Bericht**

Der Senat hat mit seiner Mitteilung vom 27. Juni 2006 (Drs. 16/1062) der Bürgerschaft (Landtag) den 3. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt. Die Bürgerschaft (Landtag) überwies am 13. Juli 2006 den Bericht an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau zur Beratung und Berichterstattung.

Der Ausschuss hat den Bericht in seiner Sitzung am 6. September 2006 beraten.

Der Ausschuss begrüßt die Vielzahl an Maßnahmen, die in den unterschiedlichen Bereichen zur Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen und zur Vermeidung künftiger Gewalttätigkeiten entwickelt und durchgeführt worden sind. Das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen stellt nach wie vor ein großes gesellschaftliches Problem dar, das umfassende und nachhaltige Maßnahmen zur Prävention und Intervention erfordert.

Der Ausschuss stellt fest, dass bei der Darstellung Angaben zur Stadt Bremerhaven fehlen und fordert den Senat auf, künftig die in der Stadt Bremerhaven entwickelten Maßnahmen in den Bericht einzubeziehen.

Hinsichtlich der Gliederung des Berichts empfiehlt der Ausschuss künftig eine andere Struktur. Die bloße Aneinanderreihung von kurzen Berichten über die einzelnen Maßnahmen führt zu einer starken Zergliederung des gesamten Berichts und erschwert es, Entwicklungen nachzuvollziehen und möglichen Handlungsbedarf zu identifizieren.

Der Ausschuss schlägt daher vor, künftig einzelne Bereiche als Schwerpunkte aufzunehmen und ausführlicher zu behandeln.

Die Beratung im Ausschuss hat gezeigt, dass die Darstellung der einzelnen Maßnahmen zu wenig konkret ist. Es fehlen zum Beispiel Angaben über Fallzahlen sowie Kosten der einzelnen Projekte, die es ermöglichen würden, deren Erfolg zu beurteilen und Entwicklungen im Vergleich zu den Vorgängerberichten besser nachvollziehen zu können. In diesem Zusammenhang erachtet es der Ausschuss als sinnvoll, wenn Zahlenmaterial künftig in Form von kleinen Tabellen aufgearbeitet und dadurch im Text hervorgehoben wird.

Der Ausschuss hat zur Kenntnis genommen, dass im Bereich „Häusliche Beziehungsgewalt“ in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt wurden, die die Situation für betroffene Frauen und Mädchen verbessert haben. Neben der Darstellung der erfolgreichen Arbeit fehlt in dem Bericht jedoch eine Gesamtbeurteilung, die die erzielten Erfolge kritisch hinterfragt und Handlungsbereiche identifiziert, in denen in den nächsten Jahren weitere Verbesserungen erzielt werden müssen.

Der Ausschuss spricht sich gegen den Vorschlag des Senats aus, der Bürgerschaft (Landtag) künftig nur noch alle drei Jahre zu berichten.

Der Ausschuss fordert den Senat daher auf, der Bürgerschaft (Landtag) wie bisher im Rhythmus von zwei Jahren über die Weiterentwicklung und Umsetzung des Präventionskonzeptes zur „Häuslichen Beziehungsgewalt“ zu berichten.

II. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau bei.

Ursula Arnold-Cramer
(Vorsitzende)